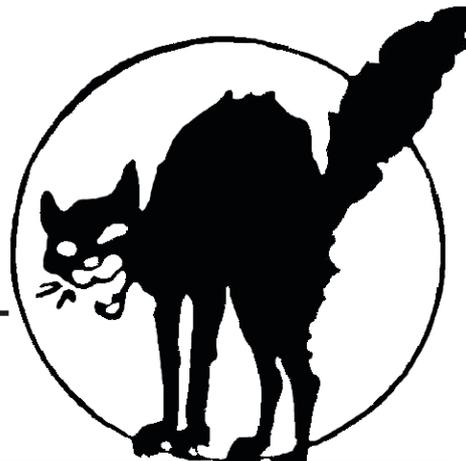


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Gewerkschaften gegen den Klimawandel

Unwetter und Klimakatastrophen werden immer massiver. Der Klimawandel ist Tatsache, und dass die Zeit knapp wird auch. Die Gewerkschaften täten daher gut daran, sich gegen den Klimawandel und somit auch gegen den Kapitalismus zu stellen. Ein Ausstieg aus der Automobil- und Kohleindustrie muss dabei sozialverträglich und unter Einschluss der betroffenen Arbeiter*innen geschehen.



Arbeitsplätze oder Umwelt

Ein Dilemma für die Gewerkschaften besteht darin, dass oftmals ganze Familien und Gemeinschaften auf die „dreckige“ (Energie)Produktion angewiesen sind. Gleichzeitig war historisch gesehen auch immer der Organisationsgrad in diesen Gebieten sehr hoch. Einige der grössten Arbeitskämpfe in der Geschichte der Gewerkschaften gelangen im Minen-Sektor¹. Eine Kohlemine lässt sich nur schlecht ins Ausland verlagern, wodurch Arbeitskämpfe nicht einfach aufgelöst werden können, indem der im Arbeitskampf befindliche Betrieb ausgelagert wird.

¹ So kam es in England 1984 zu einem Showdown zwischen der Regierung Grossbritanniens und den Minenarbeiter*innen, siehe dazu di Schwarzi Chatz #34.

Kurzfristige Lösungen benötigt

Auch wenn es klar ist, dass wir uns sehr schnell von klimazerstörenden Industrien wie der Braunkohle- oder Automobilindustrie verabschieden müssen, stellt sich dort die Frage: Wie gehen wir mit den Arbeiter*innen um, welche dadurch schon sehr bald ihren Job verlieren werden? Wie können wir verhindern, dass die Gemeinschaften in Armut verfallen werden, wie es bei Minenschliessungen immer geschieht? Freiwillig werden sich die Unternehmen oder Staaten kaum um diese Probleme kümmern. Die Diskussionen in Deutschland um den Braunkohleausstieg zeigen, dass sich der Staat vielmehr mit den Konzernen wie RWE verständigt, als dass er sich um die betroffenen Arbeiter*innen

(weiter auf Seite 2)

September/Oktober 2019

Nr. 60, 11. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Invasion Rojavas abgewendet - vorerst 3

Trotz Verhandlungen zwischen Türkei und USA, ist die Gefahr einer Invasion Nordsyriens noch lange nicht gebannt. Die freie Region Rojava mahnt zu Wachsamkeit.

Reinigungsstreiks in Frankreich und Spanien 4

Die Reinigungsbranche gehört zu den prekärsten Europas. In Spanien und Frankreich entwickeln sich nun Arbeitskämpfe.

Sudan: Ein Pakt mit dem Teufel? 5

Ein oppositionelles Bündnis will sich mit dem Militär die Macht teilen. Ob sich das Militär daran hält, bleibt jedoch fraglich.

Hardcore und DIY postkolonial 7

In Marokko hat sich wider alle Repression eine Hardcore-Bewegung etabliert.

Gewerkschaften und Tarifverträge 9

Wann und warum begannen Gewerkschaften Gesamtarbeitsverträge zu unterzeichnen? Teil 3 behandelt die Annäherung der Chef*innen an die Gewerkschaften im frühen 20. Jahrhundert.

Rubriken
Buchrezension 11
Rechtliches 12

Editorial

Diese Ausgabe handelt von Kämpfen, welche bereits weit fortgeschritten sind und die Errungenschaften nun verteidigt werden müssen. Sie handelt auch von Kämpfen, welche erst an ihrem Anfang stehen. Gemeinsam haben sie, dass sie alle irgendwann mal klein begonnen haben.

*Die Revolution im nordsyrischen Rojava begann in den Wirren des syrischen Bürger*innenkriegs, wehrte sich gegen den Islamischen Staat und entpuppte sich als erfolgreich. Doch nun droht von Norden der Terrorstaat Türkei mit der Zerschlagung des Projekts und steht bereits an den Grenzen.*

Nachdem das Militär im Sudan den Diktator Al-Bashir aufgrund massiver Proteste absetzte, hoffte es, die Macht zu behalten. Doch der anhaltende Druck von unten zwang sie nun zu einer gemeinsamen Regierung. Doch ohne fortwährenden Druck droht diese wieder in einem Militärputsch enden.

*Mit Arbeitskämpfen hat das Reinigungspersonal in Frankreich und Spanien begonnen. Angefangen hat es meist mit dem Austausch unter den Arbeiter*innen, in Spanien haben sich mittlerweile eine selbstorganisierte Bewegung gebildet. Eine Bewegung, welche nicht nur gegen miese Arbeit kämpft, sondern auch gegen rassistische Gesetze.*

*Und ganz am Anfang stehen noch jene Kämpfe um Klimagerechtigkeit, welche die Arbeiter*innen in den „dreckigen“ Industrien wie Kohle- und Autoproduktion führen werden müssen. Denn die drohende Klimakatastrophe kann nur mit dem Ende ihrer Arbeitsplätze verhindert werden. Dort muss es auch zu einem Umdenken der Gewerkschaften kommen.*

Alle diese Beispiele zeigen, dass ernsthafte Veränderungen nicht eine Sache eines einzelnen Aufstands sind, sondern ein Ding fortwährender Organisation. Und genau deswegen bleiben wir weiterhin dran, bis die ganze Welt frei von Lohnarbeit und anderen Diskriminierungen ist.

**Solidarisch
eure Fauistas**

Klima-Gewerkschaft (von Seite 1)

kümmert. Die Verlängerungen des Braunkohleabbaus werden nicht aus Rücksicht auf die Minenarbeiter*innengemeinschaften gewährt, sondern aus Rücksicht auf die Profite von RWE und Co. Sobald diese Konzerne den Absprung von fossiler Energie geschafft haben, werden die Arbeiter*innen fallen gelassen. Solange sich die Klimabewegung nicht um die Anliegen der betroffenen Arbeiter*innen kümmert, werden diese der Bewegung



feindlich gesinnt bleiben – auch wenn dies ihnen langfristig selbst schadet.

Die Armen trifft es am härtesten

Das Problem am Klimawandel ist, dass es Gebiete geben wird, welche heftiger von Unwettern, Dürren und Überflutungen getroffen werden als andere und zum Teil sogar unbewohnbar werden. In einer kapitalistischen Welt ist die Antwort darauf, wer in den sicheren Gebieten leben wird, leider eindeutig: Sicher nicht die Armen. Während sich die Reichen in ihren unwettersicheren Palästen verstecken werden, wird der Rest von uns schauen müssen, wie und ob wir unsere (Blech-)Hütten wieder aufbauen können. Dies wird auch die Gemeinschaften, welche sich um die Minen und Autofabriken entwickelt haben treffen. Es ist an der Zeit, dass die Gewerkschaften ihre Kampfkraft in diesen Bereichen dazu benutzen, um einen sozialverträglichen Ausstieg aus diesen Branchen zu erkämpfen – ein Kampf geführt von den betroffenen Arbeiter*innen.

Gewerkschafter*innen für die Klimagerechtigkeit

Es gibt bereits erste Gruppierungen von Gewerkschafter*innen, welche sich für

einen Wandel weg von fossilen hin zu erneuerbaren Energien einsetzen und dabei auch die Beschäftigten und ihr Umfeld einbinden wollen². Dabei setzen sie auf einen sozialverträglichen Ausstieg. Das heisst: Umschulung der Minenarbeiter*innen und eine Reduktion der Arbeitszeit bei gleichem Lohn, um Entlassungen auszugleichen. Alles in allem müssen die Unternehmer*innen stärker in die Verantwortung genommen werden, welche jahrelang von der Zerstörung unseres Planeten profitiert haben. Es

ist nur gerecht, dass diese nun auch die Zeche zahlen, welche sie uns durch die Zerstörung des Planeten schulden.

Keine Partnerschaft mit dem Kapitalismus

Es ist kein Zufall, dass die Klimaerwärmung kurz nach der industriellen Revolution und dem Siegeszug des Kapitalismus an Fahrt aufnahm. Das Grundprinzip des Kapitalismus ist und bleibt die Ausbeutung: sowohl der Arbeiter*innen wie auch des Planeten. Gleichzeitig basiert diese Wirtschaft auf stetigem Wachstum und somit auch auf stetig steigendem Ressourcenverbrauch. Die „soziale und ökologische Marktwirtschaft“ ist daher ein Widerspruch in sich. Eine ökologische Gewerkschaft und Bewegung wird sich daher auch immer gegen Kapital und gegen dessen Wachhund den Staat stellen müssen. Sowohl der Planet wie auch die Arbeiter*innen haben genug für den Profit der Reichen geblutet. Diese Krise werden wir nicht auch noch bezahlen.

Tifa

² Siehe dazu zum Beispiel die Erklärung der Initiative Gewerkschafter*innen für Klimaschutz www.labournet.de/wp-content/uploads/2019/02/klimagew_kohlekom.pdf

Türkische Invasion Rojavas abgewendet - vorerst

Nachdem der syrische Bürger*innenkrieg mit dem Sieg der Regierung langsam dem Ende zugeht, droht der Nachbarstaat Türkei mit einer Invasion im Norden. Erdoğan's Ziel ist dabei das revolutionäre Projekt Rojavas, welches zu einem grossen Teil von den Kurd*innen getragen wird. Eine drohende Invasion ist jetzt vorerst durch die USA abgewendet, doch zu welchem Preis wird sich noch zeigen.

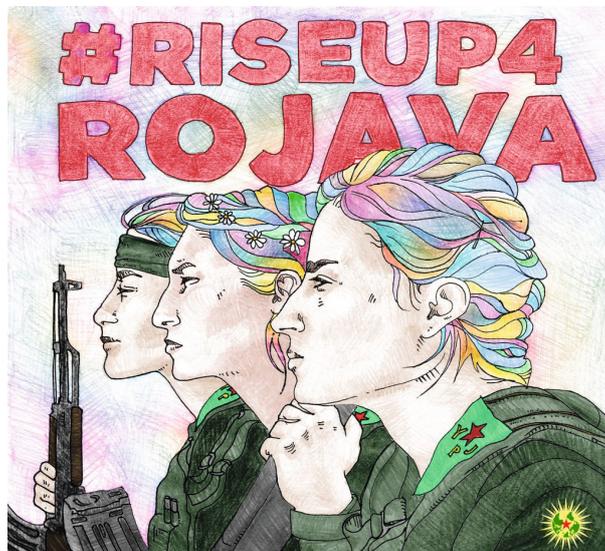
Schon lange droht der türkische Staat unter Erdoğan damit, in die freien Gebiete Nordsyriens einzumarschieren. Die Region Rojava erklärte in den Wirren des syrischen Bürger*innenkriegs ihre Unabhängigkeit und organisierte sich basisdemokratisch. Besonders in der europäischen Linken gilt das Projekt Rojava als revolutionär, da es die Bevölkerung Rojavas während des Kriegs schaffte, eine Beteiligung aller in der Region herzustellen und nebst ökologischen, auch feministische Anliegen in der neuen Gesellschaft einzubauen, was auch in unseren Breitengraden ihresgleichen sucht.

Kurdische Milizen gute Verbündete der USA

Die revolutionären Kräfte, namentlich die YPG/YPJ (Volks- und Frauenverteidigungseinheiten) wie auch die übergreifende Koalition der *Syrian Democratic Forces* hatten sich während des Kampfes gegen den *Islamischen Staat* als effektivste Miliz hervorgetan, dies auch weil sie im Unterschied zu den anderen Milizen nicht für Geld und Macht, sondern für die Befreiung aller kämpfen. So konnten sie wider allen militärischen Erwartungen den Angriff des IS auf die Stadt Kobanê 2013 zurückdrängen. Die USA unterstützte die SDF schon früh mit Luftunterstützung, Ausbildung und Waffen. Nach dem Fall des Kalifats des IS ist jedoch fraglich, wie lange die USA noch zu den SDF halten wird. Denn – wie es der ehemalige US-Aussenminister Kissinger ausdrückte – Die USA hat keine Freund*innen, sie hat nur Interessen.

Der Kurd*innenschlächter Erdoğan wartet bereits

Nachdem sich der seit Jahrzehnten andauernde Kurdisch-Türkische Konflikt 2013 zu entspannen schien und Erdoğan's Regierung Gesprächsbereitschaft andeutete, änderte letztere kurzum ihre Position und startete neue Offensiven gegen die kurdische Bevölkerung. Erdoğan und seiner Partei AKP missfällt die Autonomie der Nordsyrischen Gebiete daher seit Beginn des Syrischen Bürger*innenkriegs. Bisher hielt wohl jedoch auch das Bündis der SDF mit den USA – welche ihrerseits gemeinsam mit der Türkei im Nato-Bündnis ist – die Türkei von einem vollumfänglichen Angriff auf die kurdischen Gebiete in Syrien ab. Gleichzeitig ist die autoritäre Türkei nicht gewillt, eine selbstverwaltete, demokratische Zone an ihren Grenzen zu dulden und schon gar nicht eine, welche



von den Kurd*innen mitverwaltet wird. Die vorgebrachten Argumente für eine Invasion, die Region Rojava sei eine Bedrohung für die militärisch hochgerüstete Türkei, sind Augenwischerei. Vielmehr geht es hier darum, dass Erdoğan einerseits sein Land von den mehreren Millionen syrischen Flüchtlingen „befreien“ will und in die geforderte „Pufferzone“ an der Grenze umsiedeln und andererseits seinen Einfluss in Syrien ausweiten will. Doch solange die USA die Lufthoheit in Nordsyrien hält, wird eine Invasion schwierig, sowohl militärisch wie auch

politisch. Denn Sanktionen kann sich die wirtschaftlich bereits angeschlagene Türkei nicht leisten.

Vorerst keine Invasion

Nachdem der türkische Staat Mitte Juli rhetorisch bereits auf Angriffskurs gegen Rojava ging und Truppen entlang der Grenze positioniert hatte, haben Gespräche zwischen der Türkei und den USA ein solches Szenario vorerst abgewendet. Jedoch ist immer noch die Frage, wie und ob die geforderte Pufferzone von 35 Kilometern eingerichtet wird. Diese würde einige der grössten Städte in der selbstverwalteten Zone Rojavas einschliessen und je nachdem die Bevölkerung der Terrorherrschaft Erdoğan's unterstellen.

Nicht das erste Mal

Es wäre nicht die erste Invasion des türkischen Militärs in Syrien. Anfangs 2018 marschierte diese bereits in die autonome Region Afrin ein und eroberte diese von den SDF verteidigte Region. Wo der Staat nicht selbst einmarschierte, finanzierte und unterstützte die Türkei immer wieder islamistische Milizen und auch den IS. Die westlichen „Demokratien“ haben dieser Kriegstreiberei bisher tatenlos zugeschaut, sind sogar teilweise gegen die kurdischen Bewegungen und Sympathisant*innen in ihren eigenen Ländern vorgegangen.

Solidarität

Es darf nicht sein, dass das revolutionäre Projekt in Rojava scheitert. Deshalb ist auch die westliche Gesellschaft gefragt: Mit einer Bekanntmachung des Projekts, Spenden und andersweitiger Unterstützung. Eine entsprechende länderübergreifende Kampagne wurde bereits unter dem Namen Riseup for Rojava gestartet.

Weitere Infos zu Rojava gibt es zum Beispiel unter www.perspektivenbauen.no-blogs.org.

Reinigungsstreiks in Frankreich und Spanien

In Europa grassiert seit längerem ein neoliberales Übel auf dem Arbeitsmarkt: Immer mehr Arbeiten werden an Subunternehmen ausgelagert, wobei Job-, Arbeits- und die soziale Sicherheit der Arbeiter*innen leiden. Besonders hart getroffen hat es die Reinigungsbranche – auch in der Schweiz. In Frankreich und Spanien organisieren sich nun Reinigungskräfte in Hotels – welche oft weiblich und Migrant*innen sind.

Das Beispiel Elior in Frankreich

Wie so viele Hotels hatte das NH Collection in Marseille seine Zimmerreinigung an ein Subunternehmen ausgelagert. Als das Hotel Ende 2018 das Unternehmen wechselte, änderte sich auch einiges für die Putzfrauen: Die Löhne gingen runter, Essenspausen wurden gestrichen, Transport neuerdings nicht mehr bezahlt, einige Arbeitsstunden einfach nicht bezahlt. Als elf Frauen sich daraufhin entschieden, das Subunternehmen Elior darauf anzusprechen, geschah gar nichts. Sie erhielten nicht einmal eine Antwort. Auf Verhandlungen mit der herangezogenen CNT-SO (Solidarité Ouvrière) wollte Elior nicht einmal eintreten. Nach all dem reichte es den Angestellten und sie traten in den unbefristeten Streik. Streikposten bezogen sie nicht nur vor Elior, sondern auch vor den Hotels von NH Collection: Denn so einfach dürfen sich die Hotels nicht aus der Verantwortung ziehen, wenn sie die Arbeit auslagern. Oder wie die Streikenden sagen: „Elior voleur! NH, complice!“, Elior ist der Dieb und die Hotelkette deren Komplizin.

Elior zieht vor Gericht und verliert

Nachdem die Elf in den Streik getreten waren, kam schon kurz darauf die erste gerichtliche Vorladung von Seiten Elior

reingeflogen. Dabei ging es um ein Verbot der Streikposten. Das Gericht gab jedoch schlussendlich den Streikenden Recht und zwang Elior, Gespräche mit der CNT-SO und den Streikenden zu beginnen. Der Arbeitskampf dauert immer noch an und sieht nicht schlecht aus: Die Streikenden können auf eine grosse Menge an Unterstützer*innen darunter auch Gilets Jaunes zählen und auch der mediale Druck auf Elior wächst. Das Subunternehmen scheint sich momentan jedoch an der Taktik des Ausblutens zu versuchen: Selbst nachdem die Mediation gerichtlich angeordnet wurde, zierte sich Elior davor, mit den Streikenden und

Finanzkrise 2008 immer mehr Menschen ihren Job verloren und zeitweise jeder fünfte Mensch in Spanien arbeitslos war, kam die konservative Regierung Rajoy und deregulierte massiv die Arbeitsrechte Spaniens. Dadurch „stieg“ zwar die Beschäftigung wieder, doch die meisten neuen Jobs waren nun äusserst prekär. Das gleiche Schicksal erlebten auch mehrere Hotelzimmerreiner*innen in den Feriendestinationen Spaniens. Auch sie wurden nun temporär und im besten Fall im Stundenlohn angestellt. Meist jedoch waren sie im Akkord angestellt: Je mehr Zimmer geputzt werden, umso mehr erbärmlichen Lohn gibt es. Job- und Arbeitssicherheit gibt es nicht mehr, dafür unmenschliche Arbeitsmengen und körperliche Belastung. In Spanien zeigt sich eindrücklich, dass die Finanzkrise auf den Rücken der Arbeiter*innen überwunden wurde.

Arbeitssicherheit gibt es nicht mehr, dafür unmenschliche Arbeitsmengen und körperliche Belastung. In Spanien zeigt sich eindrücklich, dass die Finanzkrise auf den Rücken der Arbeiter*innen überwunden wurde.

Alles fing beim Austausch an

Angefangen hatten Las Kellys als Facebook-Gruppe, in der sie sich über die Arbeitsbedingungen austauschten und sich gegenseitig Mut machten. Nebeneffekt war, dass die Hotelreiner*innen merkten, dass die erlebten

Misstände nicht individuell sind, sondern in der ganzen Branche vorherrschen. Bald schon war der Frust genug gross, dass sich Las Kellys organisierten und 2017 die ersten Streiks und weitere Arbeitskämpfe anzettelten. Der Kampf der Kellys wird von keiner grossen Gewerkschaft getragen, diesen scheint – wie oft leider auch in der Schweiz – das Leiden der Putzkräfte „zu gering“ zu sein, und auch zu wenig lukrativ. Daher organisieren sich Las Kellys mittlerweile vor allem lokal, auch wenn es jährliche Föderationstreffen, Austausch und Solidarität zwischen den einzelnen Ortsgruppen gibt. Die Bewegung hat es mittlerweile mit ihren Aktionen in die breite Öffentlichkeit geschafft. Und wie auch in Frankreich gelobt die Regierung, nun alles zu tun,



Eine der vielen Protestaktionen vor der Hotelkette NH Collection in Paris. Diese versucht sich durch Subunternehmen aus der Verantwortung zu ziehen.

der Gewerkschaft in ernsthafte Verhandlungen zu treten. Ziel soll es wohl sein, dass den Streikenden auf die Dauer die Lust vergeht. Doch genau das Gegenteil ist der Fall: Je länger der Konflikt nun schon andauert, umso entschlossener sind die Streikenden¹.

In Spanien machen Las Kellys Dampf

Auch die lose Vereinigung Las Kellys – vom spanischen „las que limpian“, auf deutsch etwa „jene die sauber machen“ – sind schon mehrmals in den Streik getreten. Nachdem in Spanien aufgrund der

¹ Weitere Infos zum Arbeitskampf der Putzfrauen und der CNT Solidarité Ouvrière findet ihr unter: www.revoltmag.org/articles/vorbei-mit-der-sklaverei/

um die Lage der Putzkräfte in Hotels zu verbessern – verschweigt jedoch, dass sie selbst eine der grössten Komplizinnen in dieser Ausbeutungsmaschinerie sind. Es waren eben jene Politiker*innen, welche die Arbeitsrechte aufgrund der Wirtschaftskrise massiv verschlechtert haben.

Grundproblem Rassistische Ausbeutung

Viele Menschen in der Reinigung sind ihren Bossen schutzlos ausgeliefert. Ein Grossteil der Reinigungsarbeiten geschehen immer noch schwarz². Das heisst dann: Wenn du krank bist oder einen Unfall hast, bist du auf den guten Willen deiner Arbeitgeber*innen angewiesen.

² Zahlen aus 2017 gehen in Deutschland von über 80% Schwarzarbeit bei Haushaltshilfen aus.

Dass diese nicht viel für dich bezahlen wollen, zeigt sich jedoch schon bei den Dumping-Löhnen.

Bei migrantischen Arbeiter*innen generell kommt zudem oft die Unkenntnis regionaler Arbeitsgesetze dazu. Dies führt dazu, dass diese Menschen oftmals selbst um den ihnen zustehenden, beschissenen Mindeststandard in einem Land betrogen werden, ohne dass sie es merken. Bei Schwarzarbeit ist es auch noch so, dass sich nicht nur die Bosse schuldig machen, sondern auch die Arbeiter*innen. Natürlich mucken sie dann nicht auf, wenn sie Bussen oder gar die Ausschaffung riskieren, wenn die Schwarzarbeit auffliegt. Die rassistischen Migrationsregimes Europas stützen somit die Schwarzarbeit, anstatt diese zu bekämpfen.

Situation in der Schweiz

Im Gegensatz zu Spanien und Frankreich kennt das Schweizer Recht nur mangelhaften Schutz gewerkschaftlich Aktiver. Meist wird bei missbräuchlichen Kündigungen – also zum Beispiel aufgrund der Beteiligung an Arbeitskämpfen – lediglich eine Kompensation von drei Monatslöhnen bezahlt. Ein Recht auf Wiedereinstellung gibt es nicht.

Auch in der Schweiz sind oftmals Migrant*innen in der Reinigungsbranche, welche das hiesige Recht zumindest anfangs nur schlecht kennen. Genau dieses Unwissen und die Abhängigkeit von der Arbeit nutzt die Schweizer Reinigungsindustrie schamlos aus. Dagegen hilft nur eins: Organisieren – Kämpfen – Gewinnen!

FAT

Sudan: Ein Pakt mit dem Teufel?

Am 4. August, fast genau zwei Monate nach dem Massaker in der Hauptstadt Khartoum, unterzeichnete das oppositionelle Bündnis *Forces of Freedom and Change* FFC einen Pakt mit dem Militär, welcher das Massaker wahrscheinlich angeordnet hat. Besonders die revolutionären Kräfte sehen darin einen Verrat der Revolution. Und wenn es die FFC ernst meinen sollten mit Demokratie, ist die Gefahr einer Militärdiktatur noch lange nicht gebändigt.

Militär hat sich an die Macht geputscht

Ende 2018 nahmen die Proteste im Sudan massiv zu, so dass sich der damalige Diktator Omar Al-Bashir nicht mehr an der Macht halten konnte¹. Das Militär übernahm im Sudan die volle Macht, als es den verhassten Diktator Al-Bashir im April schlussendlich stürzte. Doch schon während seines dreissigjährigen Regimes war das Militär an der Macht beteiligt,

¹ Siehe dazu *di Schwarzzi Chatz* #57-59



Mitte August begann der TMC revolutionäre Graffiti zu übermalen. Mittlerweile wird dazu aufgerufen, die Wände wieder zu bemalen. In diesem Beispiel wurde die Putzaktion der Regierung kritisiert.

hatte ihn sogar an die Spitze geputscht. Nach einer Weile der Ruhe, kam es nach dem Sturz zu weiteren Protesten, worauf das Militär Anfangs Juni mit einem Massaker an Demonstrant*innen in Khartoum antwortete. Dabei kamen über hundert Menschen ums Leben und es kam auch zu Massenvergewaltigungen und anderen Gewalttaten. Seither gab es fast täglich Tote, vor allem in Sudans Peripherie – und trotzdem blieben die Proteste recht friedlich.

Schon lange erklingt die Forderung auf den Strassen, dass der temporäre Militärrat die Macht an die Bevölkerung

abgeben müsse. Die Internetzensur, die Morde und Vergewaltigungen durch die Militärregierung haben wenig an der Entschlossenheit der Revolutionär*innen geändert. Zwischenzeitlich stiegen aus Protest gegen die Repression wichtige Teile der *Forces of Freedom and Change* FFC aus den Verhandlungen mit dem Militär aus, darunter zum Beispiel die kommunistische Partei des Sudans. Doch nun

hat sich der FFC doch noch zu einem faulen Kompromiss mit der Regierung durchgerungen und am 4. August eine *Constitutional Declaration*² mit dem Militär unterschrieben.

Verrat der Revolution?

Die Revolution im Sudan nahm Ende 2018 Fahrt auf, nachdem die Preise durch die Inflation massiv anstiegen. Bei den

² Eine gute Übersicht über die konstitutionelle Deklaration und die internen Probleme der *Forces of Freedom and Change* FFC findest du hier: <https://www.sudaninthenews.com/report-sudans-constitutional-declaration>

(Fortsetzung auf Seite 6)

Sudan

(von Seite 5)

Massenprotesten und -Streiks waren anfangs die verbotenen Gewerkschaften und die Nachbarschaftskomitees federführend. Schon bald bildeten sich die *Forces of Freedom and Change* heraus, ein sehr loses Bündnis der verschiedenen Menschen auf und abseits der Strasse. Doch nachdem das Militär am 3. Juni den Kurs mit dem Massaker wechselte, schwand auch die Bereitschaft in der Bevölkerung zu Verhandlungen mit den Militärs. Zudem gibt es in der *Constitutional Declaration* nur mangelhafte Massnahmen, um Militär, den Geheimdienst NISS oder die berüchtigten *Rapid Support Forces* RSF, denen die Hauptschuld am Massaker gegeben wird, einzuschränken. Der Vertrag erscheint vielmehr als ein Bündnis der Schafe mit den Wölfen. Hier scheinen zu viele Staatsgläubige zu hoffen, dass sich das Militär aufgrund eines Stück Papiers mässigen würde oder gar tatsächlich an einer Art Demokratie interessiert sei.

Die Mörderbanden bleiben unbehelligt

Nach den Massakern vom 3. Juni war eine zentrale Forderung Gerechtigkeit für die Opfer. Die unterschriebene Deklaration sichert den Mörderbanden des TMC hingegen eher eine Möglichkeit zu, sich der Verantwortung zu entziehen. Es wurden zwar Untersuchungen der Massaker angekündigt, diese werden aber höchstwahrscheinlich ins Leere laufen oder nur die unteren Kader treffen. Denn die in der Deklaration erwähnten Gerichte sind noch nicht einmal eingerichtet. Zudem geniessen Mitglieder der Regierung gewisse Immunität.

Hemeti, der starke Mann des Militärrats ist zudem Anführer der berüchtigten *Rapid Support Forces* RSF. Deren Vorgänger, die Janjaweed-Milizen waren an den Genoziden im Darfur-Konflikt beteiligt. Die RSF rüstet weiterhin andere Milizen in Afrika mit Waffen und Geld aus, um regional an Macht zu gewinnen. Für alle

Angehörigen der Opfer ist es ein Hohn, wenn die FFC-Opposition während der Unterzeichnung des Vertrags die Hand des Massenmörders Hemeti schüttelt. Mit ihm an der Macht kann der Sudan kaum auf Frieden hoffen. Und tatsächlich kam es selbst nach der Unterzeichnung des Vertrags noch zu Übergriffen der RSF in Darfur.

Militär bleibt an der Macht

Drei Jahre soll die Übergangszeit zu einer „Demokratie“ dauern, in dieser Zeit regieren verschiedene Minister*innen und der Souveräne Rat (*Sovereign Council*). Der Souveräne Rat besteht aus 11 Menschen zusammengesetzt aus 5 Militärs, 5 FFC-Ernannten und einem Kompromissmitglied der beiden. Dabei braucht der Rat eine Mehrheit von 8 Mitgliedern für Entscheidungen. Daher



Aus dem ganzen Land strömen Menschen am 17. August in die Hauptstadt, um der Einsetzung der neuen Regierung beizuwohnen.

ist zu erwarten, dass der Rat kaum etwas erreichen wird, was das Machtgefüge im Sudan ernsthaft ändern wird. Zudem stellt das Militär die ersten 2 Jahre noch den Ratspräsidenten, erst danach kommt die zivile Opposition zum Zug.

Selbstbestimmung der Bevölkerung bleibt unerfüllt

Erst in drei Jahren soll es zu regulären Wahlen kommen. Zwischenzeitlich wird zwar ein Parlament ernannt, wobei 67% davon vom FFC gestellt wird. Doch darüber entscheidet nicht das Volk. Anstatt also sofort die jetzt schon gut funktionierenden Nachbarschaftskomitees einzubin-

den und diese mit Arbeiter*innen- oder gar Soldat*innenräten zu ergänzen, versuchen die FFC sich in der Konstruktion eines Staats. Deswegen wird auch die Kritik immer lauter, die FFC strebe nach Macht und nicht nach der Befreiung des Sudans.

Spiel mit dem Feuer

Die revolutionäre Opposition, welche genug von der Militärjunta hat, warnt schon jetzt die Bevölkerung, wachsam zu bleiben. Denn das Militär behält mit der Charta immer noch massive Kompetenzen. Es ist nicht auszuschliessen, dass früher oder später die zivilen Mitglieder des Souveränen Rats verhaftet, entmachtet oder schlicht übergeben werden. Denn in der Deklaration selbst sind viele Kompetenzen, z.B. auch jene des Ratspräsidenten nicht klar umrissen. Genau dies könnte das Militär in den Anfängen ausnutzen. Zudem sind auch Notstandsgesetze inklusive Internetsperren vorgesehen, jedoch nur mangelhaft eingegrenzt. Der Notstand kann von Staatskörpern ausgerufen werden, welche momentan noch gar nicht aufgebaut sind.

Revolution bleibt gefährdet

Das Militär scheint auf Zeit zu spielen, denn die seit einem halben Jahr anhaltenden Proteste waren ein massives Problem

für die Regierung, welches das Militär selbst mit Gewalt und einer Internetsperre nicht lösen konnte. Der faule Kompromiss hat bereits zu Spannungen in den revolutionären Kräften geführt. Nebst den Kommunist*innen lehnen auch die Kämpfer*innen der oppositionellen Sudanese Liberation Army die Regierungsbeteiligung des Militärs ab. Die Sudanese Revolution läuft mit dessen Institutionalisierung Gefahr, das gleiche Schicksal zu erfahren, wie die Ägyptische Revolution. Auch diese wurde im Namen der Revolution vom Militär gekapert und niedergeschlagen.

FAT

Hardcore und DIY postkolonial

Eine anarchistische Bewegung ist mitten in der marokkanischen Wüste entstanden! Sie ist fünf Jahre alt, nennt sich Hardzazate und präsentiert sich als antisexistisches und umweltbewusstes Musikfestival. S., Sohn franko-marokkanischer Migrant*innen, steht der Besetzer*innen-Szene Lausanne nahe. Er war an der letzten Ausgabe Hardzazates im vergangenen April dabei und hat einige lebendige Eindrücke mitgebracht.

Ouarzazate ist eine Stadt des Ockers und des Sandes, südlich des Atlas-Gebirges gelegen. Ursprünglich hätte das Festival in der Universität stattfinden sollen wie im vergangenen Jahr. Die Bewilligungen wurden jedoch im letzten Moment zurückgezogen: Die Verantwortlichen schienen Angst vor dem Krach zu haben und der polizeiliche Druck schien abschreckend.

Kein Grund die Köpfe hängen zu lassen! Kann das Festival nicht in der Stadt stattfinden, geht mensch eben in die Wüste. Diese Entscheidung allein sagt viel aus über die Energie und die Entschlossenheit, die das Festival tragen: Mensch verlegt alles um eine Autostunde Entfernung aus der Stadt ins Niemandsland voller Kies. Ungefähr die Hälfte des Programms – Konzerte, Diskussionen, Filmvorführungen – mussten aufgrund des Tapetenwechsels abgesagt werden. Das Ausmass der Zusammenkunft bleibt jedoch. Die Infos sind auf Facebook gestreut worden, was wenigstens Unstimmigkeiten puncto Flyer und Plakaten vermeidet. Der Umzug war nicht kompliziert, denn die Infrastruktur ist auf das Wesentliche beschränkt und alles geschieht „free style“.

System D auf allen Kanälen

Hardzazate funktioniert ohne irgendwelche Sponsor*innen, mit nur wenig Material, das sich über die Jahre hinweg angesammelt hat und mit ganz ganz viel Gewieftheit und Improvisationstalent. Das

Soundsystem ist spontan von einer Gruppe Italiener*innen ausgeliehen worden, die auf der Rückreise aus Senegal waren. Eine grosse Tajine ist vor wenigen Tagen vorbereitet worden, um ein wenig Geld zu sammeln; in Europa sind Soli-Partys organisiert worden, denn das Festival gewinnt an Bekanntheit in Frankreich und in Italien und mensch trifft dort auch einige Westler*innen an. Es gibt dort übrigens auch einen halb niederländischen, halb marokkansichen Hip Hop-Act.

Während des Festivals selbst machen diejenigen, die ein Auto haben, die Hin- und Rückfahrten zwischen Ouarzazate und dem Festival, um Nahrung und Bier zu bringen und auf dem Gelände richten sich Händler*innen mit ihren Kleintransportern ein.



Kein grosses Parisienne-Zelt: Als dem Festival die Location in der Stadt entzogen wurde, wick dies einfach in die Wüste aus.

Sich dort hinzubegeben ist eine ständige Herausforderung für die lokale Bevölkerung. Wir befinden uns in einem Land, in dem der Reichtum noch schlechter verteilt ist als in Europa und die Menschen zu Fuss gehen. Hardzazate bringt während drei Tagen 500 Menschen zusammen, was in Anbetracht der fehlenden öffentlichen Verkehrsmittel viel ist.

Der Rock bringt die Menschen zusammen

In Marokko können die Menschen mit beschränkten Mitteln nur selten feiern.

Die Möglichkeiten existieren freilich doch meist sind sie teuer und einer Elite vorbehalten. Und wer hat schon Lust an einem verchlorten Pool die Hüften zu schwingen oder unter einer Diskokugel mit Leuten die weder den Wert des Brotes verstehen noch die polizeiliche Überwachung oder die Schwierigkeit in einem islamischen Land transsexuell zu sein? Hardzazate will anders sein, auch wenn die Mehrheit der Organisator*innen Studierende aus der Mittelklasse sind – sie haben einen bestimmten Bildungsgrad und leben in grossen Städten wie Casablanca oder Tanger. Wie auch immer, diese jungen Menschen brechen die Verhaltensregeln durch ihre Absichtserklärung: Das Festival bekräftigt „die ganze Hardcore-Kultur“ versammeln zu wollen, „um

einen grossen Raum des kulturellen Austausches zu erschaffen“.

Die Musik ist nicht der einzige Antrieb des Festivals, das sich auch als Diskussionsort sieht für Themen rund um Kultur und Identität „jenseits künstlicher Grenzen wie Nationalität, Geschlecht, Alter und Erfahrungen [...] in einer Welt, die uns allen gehört. Ein starkes Statement, das alles tut, um seine Versprechen zu halten.

No French No More

S. hat es von Anfang an gut mit den marokkanischen Anarchist*innen. Er spricht ein wenig Arabisch und spielt in der Schweiz selber in einer maghrebinischen Fusion Rock-Band. Dieser Um-

stand erleichtert die Beziehungen, denn die französische Sprache steht schlecht da: Sie ist die Kolonialsprache und selbst wenn die Zeiten des französischen Protektorates in ferner Vergangenheit liegen, haben französische Unternehmen ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss in Marokko behalten. Französisch wird beispielsweise in der Schule unterrichtet und wer Lust dazu hat, kann an der Universität diese Sprache studieren – vorausgesetzt natürlich, mensch verfügt

(Fortsetzung auf Seite 8)

über die Mittel zu studieren. Es scheint in letzter Zeit, dass die Leute Englisch bevorzugen, da es eine neutralere Konnotation hat.

Die jungen Organisator*innen des Festivals – sie sind zwischen 19 und 30 Jahre alt – haben sich vorgenommen, ihre Kultur neu zu denken unter Vermeidung der Falle traditioneller Lasten. Jenseits der Frage der Landesgrenzen ist die wichtigste: Warum sollte es überhaupt nötig sein, seine Kultur in einer vorkolonialen Phantasie-Vergangenheit zu verwurzeln? Warum kann die marokkanische beziehungsweise, grösser gedacht, die maghrebinische Kultur nicht antisexistisch, antirassistisch, transfeministisch, queer und punk sein, kurz: in der Gegenwart verankert sein und offen für Veränderungen. Das Festival richtete ein safe-space ein, um Menschen vor Belästigungen zu schützen und die Fragen des neuen Feminismus nahmen einen wichtigen Platz ein.

Postkolonial oder gar nicht

Während der Diskussionen nahm S., des guten Anfangs und entstehender Freundschaften zum Trotz ein gewisses Misstrauen der marokkanischen Jugend wahr, sobald Europäer*innen das Wort mit der Absicht ergriffen, eigene Erfahrungen auszudrücken. Die Marokkaner*innen fürchten, ihre Ansprüche und Forderungen könnten ihnen genommen werden und verspüren das Bedürfnis, ihre Besucher*innen zu situieren. Sie haben keine Angst vor der Repression und wollen nicht beschützt werden: „Selbst wenn wir einstecken müssen, ist es notwendig, dass das stattfindet und die Erfahrung gemacht wird“ (sagte einer der Organisator*innen der Bewegung). Die Risiken sind bekannt und die Repression ist immer auf der Lauer. 2018 ist die Assoziation Racines¹, die das Festival während seiner Anfänge 2015 trug, aufgelöst worden. Der Anspruch von Racines war es, den Blick der Kultur in mehreren afrikanischen Ländern über den traditionellen Tellerrand hinauszulenken mittels Radiosendungen, die als

Abonnement ausgestrahlt wurden. Die Organisation ist vom marokkanischen Staat angeklagt worden, den staatlichen Institutionen und dem Islam schaden zu wollen. Kein leichter Vorwurf.

S. erwähnt auch die Protestbewegung Hirak, die sich in der Region um Rif 2016 erhob und die Bekämpfung der Korruption forderte. Daraufhin kam es zu Gefängnisstrafen von bis zu 20 Jahren. Die Jungen wissen also sehr wohl, was es heisst, Risiken auf sich zu nehmen, doch in ihren Augen ist ein Leben ohne Selbstverwirklichung und Erkundung seiner Möglichkeiten keines. So kann der abgelegene Ort des Festivals auch ein Schutz sein.

Das Festivalprogramm sah in kultureller Hinsicht eine Serie von Filmen mit Diskussionen vor zu Themen mit Aktualität: Ernährungssouveränität in Burkina



Faso rund um eine Frauenkooperative, Besetzung einer Schule in Paris mit Hilfe einer Überwachungskamera, ein Hip Hop-Clip über das Festival selbst, eine Dokumentation über Cannabiskonsum in Marokko... Letzteres ist ein kontroverses Thema, da der Konsum ein korruptes System unterhält.

Hardzazate ist kein Festival à la Drugs, Sex und Rock'nRoll, es will in erster Linie das Wort erteilen. Die Diskussionen um die vorgeschlagenen Themen können sich über Stunden erstrecken: mensch hat kein Geld, dafür Zeit.

Auch der Alkohol stellt ein Problem dar, aber anders als mensch vermuten würde: er lässt die zum Himmel schreienden Differenzen zu Tage treten zwi-

schen dem marokkanischen Publikum mit seinen bunt zusammen gewürfelten Mitteln und dem europäischen, das schlichtwegs wohlhabender ist, auch wenn es sich beim Anlass um keinen massentouristischen handelt. S. lebt in der Schweiz mit nur wenig Mitteln und ist sich bewusst, dass er hier, mit dem Wechselkurs, der den Schweizer Franken begünstigt, einer Kategorie von Wohlhabenderen zugeordnet wird.

Das Geld, der ewige Störenfried

Die Menschen am Festival sind nicht alle mit dem gleichen Bewusstsein unterwegs. Bemerkenswert ist eine Gruppe von Französ*innen, die Bier für 3 Euro verkauft, was natürlich zu Spannungen führt an einem Ort, wo die Menschen nicht viel haben, aber ihre Taschen leeren, um das Festival geniessen zu können – es handelt sich auch im ganzen Jahr um das einzige dieser Art in Marokko. S. klopft am Laster der Französ*innen an, um mit ihnen den horrenden Preis zu diskutieren, den sie verlangen. Er stösst jedoch auf eine Mauer des Unverständnisses, den die jungen Menschen haben selbst das Gefühl, arm zu sein und wollen auf diese Weise ihre Reise finanzieren.

Die teilende und solidarische Haltung ist auf dem Festival präsent. Der simple Umstand jedoch, einen richtigen Schlafsack und eine Matte zu haben in der Kälte der Wüste, lassen Gräben entstehen, ganz zu schweigen von den bereits erwähnten Proviant- und Transportproblemen. Auch hier kommt die Gewieftheit zum Tragen, denn einige Junge haben sich alte Zelte beschafft oder solche, die von Tourist*innen nach vorgängigen Anlässen zurückgelassen worden sind. An einem Abend des Festivals kommen zwei junge Frauen zu Fuss mitten in der Nacht an, um zu tanzen und zu feiern. Nachher werden sie schauen müssen...

Bluch

*Übersetzung aus dem Französischen:
Barry*

¹ Auf dt. Wurzeln, Anmerkung der Übersetzung.

Gewerkschaften und Verträge in den USA

Wann und warum begannen Gewerkschaften mit dem Unterzeichnen von Tarifverträgen?

Teil 3: Anfänge der Sozialpartner*innenschaft im frühen 20. Jahrhundert

Nachdem im 19. Jahrhundert verschiedene Gewerkschaften der USA aufstiegen und wieder zusammenstürzten, kam besonders bei den grossen Gewerkschaften die Überlegung, Streiks zu verbieten. Dies kam den Unternehmer*innen gelegen, denn diese wollten die Gewerkschaften dazu missbrauchen, ihre kleineren Konkurrent*innen zu vernichten.

Progressive Arbeitgeber*innen unterstützen Tarifverträge

Anders als die *Knights of Labor*¹ hatte die *American Federation of Labor* keine grossartigen Pläne, Streiks abzuschaffen oder den Kapitalismus zu beenden. Sie betrachteten Streiks als die mächtigste Waffe der Arbeiter*innenbewegung, aber eine die sparsam eingesetzt werden sollte. Die *AFL* verglich einen Streik mit einem Krieg – ein mächtiger, kraftvoller Akt, aber einer, der gefährlich und risikoreich war, der nur bei Angriffen oder unter extremen Umständen durchgeführt werden sollte. Sie waren gewillt, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, aber anders als die *Knights* nicht bereit, auf das Recht zu streiken dauerhaft zu verzichten. Ihre Vereinbarungen mit den Arbeitgeber*innen dauerten also nur für eine bestimmte Zeit, danach konnten sie wieder streiken. Ursprünglich wurden diese Abkommen als *trade agreements* bezeichnet, aber im zwanzigsten Jahrhundert wurden synonym die Begriffe *contract* oder *time contract* verwendet. Es waren diese Tarifverträge der *AFL*, die die frühe *IWW* anprangerte, als sie Verträge ablehnte.

Bereitschaft der Bourgeoisie

Während die *AFL* in den späten 1890ern und frühen 1900ern begann, stetig weiter zu wachsen, stellte sie fest, dass ein Teil der Klasse der Arbeitgeber*innen (hauptsächlich der wohlhabendere Teil) bereit war mit den Gewerkschaften Kompromisse einzugehen – etwas, das sie bei früheren Arbeiter*innenorganisationen

grösstenteils nicht bereit waren zu tun. Dieser Wandel entstand aus verschiedenen Gründen. Einige grössere Arbeitgeber*innen glaubten, sie könnten die Gewerkschaften nutzen, um kleinere Wettbewerber*innen zu unterbieten. Der generelle Trend der vergangenen 40 Jahre war, dass die Arbeiter*innenunruhen anwuchsen. Da damit auch der Aufwand diese zu unterdrücken stieg, suchten manche Arbeitgeber*innen nach einer kostengünstigeren Methode zur Aufrechterhaltung der Kontrolle über ihre Arbeitskräfte. Zusätzlich hatten manche Arbeitgeber*innen Sorge, dass die Unterdrückung organisierter Arbeiter*innen das Wachstum sozialistischer, anarchistischer und anderer radikaler Bewegungen förderte. Sie fürchteten, dass das Anwachsen des Radikalismus, kombiniert mit der Tendenz des Anwachsens von Arbeiter*innenunruhen, langfristig zu einer Revolution führen könnte, wenn es weiter ignoriert würde.

Im Jahre 1900 gründeten diese fortschrittlicheren Arbeitgeber*innen, unter Beteiligung der Führung der *AFL*, die *National Civic Federation (NCF)*, um für den Kapitalismus stabilisierende Reformen einzutreten. Die *NCF* trat für fortschrittliche Gesetzgebung ein, vermittelte zwischen Arbeitgeber*innen und Gewerkschaften bei Arbeitskonflikten und ermutigte Arbeitgeber*innen, Tarifverträge mit den Gewerkschaften zu unterzeichnen. Im Gründungsjahr veröffentlichte die *NCF* eine Erklärung und verkündete, dass „Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, die für einen bestimmten Zeitraum geschlossen wurden, ihren Wert für die Erhaltung des Betriebsfriedens so umfassend gezeigt haben, dass sie überall übernommen werden sollten.“ Sie teilten den anderen Arbeitgeber*innen mit, dass „die praktischen Vorgehensweisen des Tarifvertragssystems die Kritik widerlegen, dass sie eine Kapitulation vor ungerechtfertigten oder unwirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter bedeuten“. Ein Artikel in ihrer Zeitung², der die anderen Kapitalist*innen überzeugen sollte, solche

Verträge zu unterzeichnen, argumentierte, dass mit der Zusammenarbeit statt Konkurrenz zu Gewerkschaften, die Führer*innen der Gewerkschaften irgendwann zu kooperativen Geschäftsmenschen werden, welche die Arbeiter*innen bändigen können

Der reformistische, verhandlungsbereite Flügel der kapitalistischen Klasse setzte sich also als Ziel, die Gewerkschaftsführer*innen mithilfe der Tarifverträge zu korrumpieren und für ihre Zwecke einzuspannen.

Die *NCF* behauptete, dass die Gewerkschaften für gewöhnlich den Bestimmungen der Verträge folgten und man sich darauf verlassen könne, dass die Gewerkschaftsführer*innen Streiks ihrer eigenen Mitglieder verhindern. Ihre Zeitung argumentierte, dass in mehreren lokalen Streiks die Gewerkschaftsführung durchgriff, ihre Mitglieder disziplinierte oder rauswarf und somit die Arbeitskämpfe beendete. Die Gewerkschaften hatten sich somit zu Garantinnen des Vertrags entwickelt.

Durch das Unterzeichnen der Tarifverträge mit den Gewerkschaften, konnten die Arbeitgeber*innen diese von Organisationen, die zu Streiks aufriefen, in Organisationen umwandeln, die Streiks brachen. In den Augen der *NCF* war dies eine weitaus effektivere und kostengünstigere Methode ihre Arbeitskräfte zu kontrollieren, als der bisherige Rückgriff auf Gewalt und Repression.

Verträge zu Kartellzwecken

Die *NCF* lobte auch einen von den *United Mine Workers of America (UMWA)* unterzeichneten Vertrag, der ein Kartell im Steinkohlebergbau begründete. Als Beilegung eines landesweiten Streiks im Jahre 1897 unterzeichneten die Gewerkschaft und die Kohleproduzent*innen einen landesweiten Vertrag und eine Reihe an örtlichen Verträgen, die nicht nur Löhne, Arbeitszeiten etc. abdeckten, sondern auch einen Mindestpreis für verkaufte Kohle und die Menge, die jede*r Kohleproduzent*in verkaufen

¹ siehe die letzte Ausgabe #59.

² <https://archive.org/details/NationalCivicFederation-Review-Vol.1And2>

Anne Reiche, Jahrgang 1946, hat mit „Auf der Spur“ ein packendes und kämpferisches Buch geschrieben. Mit gängigen Autobiografien sonstiger „68er“ Protagonist*innen hat es nichts zu tun. Hier gewährt kein geläuterter Karrierist einen jovialen Rückblick auf seine radikale Jugend, als er auch mal an einem Joint gezogen und bei der Springerblockade einen Stein nach vorne gereicht habe. Kleine Sünden, die nur den Beginn des erfolgreichen Marsches durch die Institutionen schmücken. Nein, Anne Reiche beschreibt den konsequenten Weg des Widerstands, welchen sie gewählt hat. 1965 geht sie als junge Frau nach Berlin und stürzt sich kopfüber in die Kämpfe, die die BRD verändern sollten. Abgebrochenes Studium, Kommune, Blues, Bewegung 2. Juni, 10 Jahre Knast. Nach der Haftentlassung 1982 zieht sie nach Hamburg, wo sie Kontakt zu Leuten aus den besetzten Häusern in der Hafenstrasse hat. Dort lebt und kämpft sie seit 1984.

Leben im Widerstand

Das Buch ist direkt und knackig geschrieben. Es lässt junge Aktivist*innen von heute den Aufbruch der 60er, die Gefangenenkämpfe der 70er und vor allem die Auseinandersetzung um die besetzten Hafenstrassenhäuser in den 80er Jahren hautnah miterleben. Erste Frauen-WGs, Kommunen, die vielen Demos und wie sie sich entwickeln. Die anfangs friedlichen Aktionen und die Diskussionen, ob mensch den Knüppelorgien der Bullen nicht endlich etwas entgegensetzen müsse. Am 4. November 1968 ist es soweit: Erstmals wird die anrückende Polizei mit einem Steinhagel empfangen und zurückgeschlagen. Reiche hat Freund*innen, die zum Blues, der radikalen Westberliner Linken, mit tausenden Anhänger*innen gehören. Bald sind einige von ihnen tot, sie selbst sitzt im Knast und will sich danach erst einmal zurückziehen. Durch die Aussage eines Kronzeugen wird sie wegen Beteiligung an einem Banküberfall erneut, diesmal zu zehn Jahren Haft, verurteilt. Im Knast schließt sie sich der RAF an, nimmt an kollektiven Hungerstreiks teil und beschreibt die Qualen der Zwangsernährung.

Hamburgs Häuserkämpfe in den Achzigern

Nach der Freilassung zieht sie nach Hamburg. Ihre Schilderung der Kämpfe um die besetzten Häuser in der Hafenstrasse hat mir die damalige Stimmung, unsere Wut und unsere Power zurückgeholt, mit der zwischen 1981 und 89 so vieles möglich war, nach der ich mich heute sehne, wenn ich nach langen Aufenthalten in Griechenland wieder nach Deutschland komme. Überaus spannend, fast wie in einem Thriller, be-



Zum Buch:

Anne Reiche:
Auf der Spur
Edition Cimarron, Brüssel 2018
274 Seiten, 15 Euro,
ISBN 978-90-824465-2-4

schreibt sie die Ereignisse des Jahres 1987, als der Konflikt um den Hafen eskaliert. Festungsartig verbarrikierte Häuser und Tausende Aktivist*innen aus ganz Westeuropa gegen einen Staat, der mit aller Gewalt das Symbol autonomen Widerstands vernichten will. Die geile Großdemo am 31. Oktober, die Barrikadentage. Es kommt in letzter Minute zum Kompromiss. Die Räumung wird abgeblasen, im Gegenzug die Barrikaden abgebaut und ein Knebel-

vertrag unterschrieben. Für Anne Reiche eine bittere Niederlage, da sie die Befriedung der Häuser befürchtet. Die meisten in der Bewegung sind jedoch froh dass es nicht zur Entscheidungsschlacht mit eventuellen Toten gekommen ist. Kurz zuvor waren am 2.11.87 aus einer Demonstration an der Frankfurter Startbahn West zwei Polizeibeamte erschossen worden. Die autonome Bewegung im Rhein-Main Gebiet wurde in der Folge zerschlagen.

Geschichtsschreibung von unten

Empfehlenswert ist das Buch auch für jüngere, politisch interessierte Fußball- und St. Pauli-Fans. War Fußball doch für ältere Autonome und Anarchist*innen bis in die 80er Jahre schlicht scheisse und konterrevolutionär. Der Umbruch, der den Grundstein für vieles legte, wofür der FC St. Pauli heute steht, ist eng verbunden mit der Hafenstrasse und ihren Bewohner*innen. Nur die wenigsten dürften heute wissen, dass der Hafen in den 80ern ein europaweites Symbol für autonomen, militanten Widerstand war. Und das nicht zuletzt der Hafenstrassen-Block im Stadion am Millerntor ab Mitte der 80er mit dafür sorgte, dass sich dort eine Fanszene neuer, antifaschistischer, antirassistischer und antisexistischer Ausrichtung etablierte. „Auf der Spur“ bietet jedenfalls die Chance, einen authentischen Blick auf das Innenleben einer Bewegung zu werfen, die über Jahrzehnte die innenpolitische Diskussion prägte und den Boden für vieles bereitete was noch heute präsent ist und dabei nichts beschönigt. Die Streits, die ätzenden Diskussionen, Verrat und negative Entwicklungen werden nicht unter den Tisch gekehrt, die schönen Momente werden gewürdigt, unsere Siege gefeiert. Oft mit Bezug auf Texte von Ton, Steine, Scherben und Rio Reiser, mit dem Anne Reiche bis zu seinem Tod 1996 eng befreundet war, und dessen Lieder uns durch die Kapitel begleiten.

Fazit: Absolut lesenswert! Denn unsere Begierde nach Freiheit ist stärker als alle Knastmauern!

Ralf Dreis

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTI-KAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss. Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Anstellungsverhältnisse (Teil 2)

Aushilfe

Viele Arbeitsverhältnisse werden heute „Aushilfe“ genannt. Arbeitsrechtlich können diese Jobs oft Teilzeit-Stellen, Arbeit auf Abruf, Freelance oder befristete Stellen sein. Kläre mit der FAU ab, um was für ein Arbeitsverhältnis es sich bei deinem wirklich handelt. Wer „Aushilfe“ hört, meint oft keine Rechte zu haben – und das stimmt erstens nicht und zweitens kann man auch so für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen.

Teilzeit

Teilzeitarbeit (weniger als 100%): Es gibt feste Stellen mit einem fixen Arbeitspensum, aber auch Anstellungen mit unregelmässigem Pensum oder mit Jahresarbeitszeit. Es gelten grundsätzlich dieselben Regeln wie für eine 100%-Stelle. Nachteile gibt es für Teilzeitarbeitende bei der Pensionskasse, den Kinderzulagen, bei der Auszahlung der Überstundenzuschläge, bei der Aufgabenteilung und bei der Weiterbildung.

Scheinselbständigkeit

Oft schlagen Arbeitgeber_Innen vor, statt einem Lohn ein Honorar zu zahlen. Du musst dann als Selbständigerwerbende*r deine Sozialversicherungen selber bezahlen und bist weder arbeitslosenversichert noch erhältst du bei Unfall oder Krankheit eine Lohnfortzahlung! Die AHV akzeptiert Selbständigkeit aber nur, wenn du dies beweisen kannst. Die AHV hat dafür Kriterien definiert, z.B. eigenes Arbeitsmaterial. Besprich deinen Fall mit der FAU.

Befristete Anstellung

Eine befristete Anstellung gilt für eine bestimmte Dauer und endet ohne Kündigung. Vor der abgemachten Frist kann nur während einer eventuellen Probezeit oder im gegenseitigen Einvernehmen gekündigt werden.

Auch bei einer befristeten Anstellung gilt: Wenn ein*e Arbeitgeber*in dich aufbietet, um zu arbeiten und dann doch keine Arbeit hat, muss sie*er dich trotzdem bezahlen.

Nur wenn die Anstellung auf mehr als drei Monate abgeschlossen wurde, schuldet dir di*er Arbeitgeber*in bei Abwesenheit wegen Krankheit / Mutterschaft einen Lohn.

Ferien werden je nach Dauer des Einsatzes als bezahlte Ferien oder als Zusatz zum Stundenlohn abgegolten.

Achtung: Wenn der Betrieb mit dir mehrere solche Arbeitsverträge hintereinander abschliesst, ist das ein illegaler Kettenarbeitsvertrag. Rechtlich handelt es sich dann nicht mehr um eine befristete, sondern um eine feste Anstellung!

Festanstellung

Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Er ist schriftlich oder mündlich gültig. Die*der Arbeitgebende muss aber schriftlich über Lohn, Arbeitszeit und Aufgabenbereich informieren. Überall, wo eine genaue Regelung im Arbeitsvertrag fehlt, gilt, was im Gesetz steht. Regelungen im Arbeitsvertrag, die schlechtere Bedingungen als die im Gesetz festgehaltenen einführen wollen, sind ungültig.

Als Probezeit gilt der erste Monat. Die Probezeit darf schriftlich auf höchstens drei Monate verlängert werden. In gewissen Gesamt- oder Normalarbeitsverträgen wird die Probezeit verkürzt oder fällt ganz weg.

Impressum

di schwarzi chatz
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 400
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch